

Politischen Prioritäten - nicht „Sachzwängen“ folgen!

Dr. Erhard Eppler, geb. 1926 in Ulm/Donau, studierte Englisch, Deutsch und Geschichte in Frankfurt/Main, Bern und Tübingen. Er ist Vorsitzender der SPD in Baden-Württemberg seit 1973 und seit 1976 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. Er war Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1968 bis 1974. Zur Zeit ist Erhard Eppler Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg.

1. Was sich bislang Energiepolitik nannte, hatte mit Politik wenig zu tun. Unsere Energieversorgung wurde bestimmt durch multinationale Ölkonzerne, durch Elektrokonzerne oder Energieversorgungsunternehmen. Politik fand statt als staatliche Förderung der Atomforschung und ihrer Anwendung oder als Regulierung des Schrumpfungsprozesses bei der Kohle. Da die friedliche Nutzung der Kernenergie jahrelang nicht umstritten war, gab es darüber weder eine politische Diskussion noch eine daraus resultierende politische Entscheidung.

In den letzten Jahren waren es wiederum keine politischen Instanzen, die Entscheidungen auf dem Energiesektor erzwangen. Hatten vorher praktisch die Energieversorgungsunternehmen den Ministerien die Stromzuwachsrate vorgegeben, so rissen nun Bürgerinitiativen und Gerichte die Entscheidungen an sich. Erst aus der Erkenntnis eines politischen Defizits entsteht Energiepolitik.

2. Energiepolitik verlangt Entscheidungen über Richtung und Ziel technologischer Prozesse, die bislang als mehr oder weniger autonom betrachtet wurden. Es gibt kaum einen politischen Bereich, der nicht von der Entscheidung über Zulässigkeit und Ausmaß von Energiegewinnung aus Kernkraftwerken betroffen wäre, von der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bis zur Entwicklungs- oder Sicherheitspolitik. Energiepolitik wird zur überdimensionalen Investitionslenkung, über die in jedem Falle politisch zu entscheiden ist.

Mit der Notwendigkeit solcher Entscheidungen erhält Politik eine neue Qualität. Bestand politisches Handeln bisher zuerst darin, Wachstumsraten des Energieverbrauchs zu garantieren und zu realisieren, die ohne politische Vorgaben (außer Bruttozialprodukt-Wachstumsraten!) errechnet wurden, so verlangt Energiepolitik jetzt eine bewußte Entscheidung darüber, wie wir leben und wie wir nicht leben wollen.

3. Damit sind die politischen Entscheidungsträger vorläufig überfordert, zumal ihnen alternative Szenarios für die eine oder andere Entscheidung nur bruchstückweise zur Verfügung stehen. Daher konzentriert sich vorläufig die Debatte auf Sicherheitsrisiken und ökologische Belastung einerseits und Folgen für Arbeitsmarkt und Ökonomie andererseits.

Dabei wird das alte Rechnungsschema zugrunde gelegt: Um Vollbeschäftigung zu erreichen, sind x % Wachstum des Bruttosozialprodukts nötig, dazu y % Wachstum des Energieverbrauchs, davon z % Wachstum des Stromverbrauchs. Dabei werden x , y und z in eine Relation zueinander gesetzt, von der allenfalls zugegeben wird, sie sei nicht starr.

4. Ist diese Rechnung zwingend? Ist dies einer der Sachzwänge, denen wir uns zu fügen haben? Wäre dem so, dann wäre ein Ende dieses Sachzwangs nicht abzusehen. Müßten wir permanent eine Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts erreichen, die höher liegt als die zu erwartende Zuwachsrates der Produktivität, um auch nur die Arbeitslosigkeit nicht zu steigern und die Renten der Alten finanzieren zu können, warum sollte dies in zehn oder zwanzig Jahren — von den Schwankungen der Geburtenjahrgänge abgesehen - anders sein?

Wirtschaftspolitik und in ihrem Gefolge Gesellschaftspolitik wäre dann nichts als die Exekution dieses vorgegebenen Sachzwangs mit politischen Mitteln, möglicherweise so lange, bis andere Sachzwänge, vielleicht von außen, diesem Sachzwang in die Quere kommen. Wir hätten dauernd hinter Wachstumsraten herzuweichen, und die Frage, was denn da wachsen sollte, wäre immer von neuem auf eine bessere Zukunft zu vertagen, in der die Quantität des Wachstums ausreicht.

5. Man kann auch eine andere Rechnung aufmachen. Es ist richtig: Die Arbeitslosigkeit im Lande hängt damit zusammen, daß seit 1974 die Produktivität pro Arbeitskraft kontinuierlich rascher gestiegen ist als das Bruttosozialprodukt. Wir stehen nicht in der Talsohle der Konjunktur, sondern im dritten Jahr einer Aufwärtsbewegung. Wenn wir, ein exportorientiertes Land mit hohem Einkommen, konkurrenzfähig bleiben wollen, muß die Produktivität steigen. Da aber unsere Märkte nach innen und außen auf Grenzen stoßen, nach innen an einem bestimmten Grad der Sättigung bei vielen Konsumgütern, nach außen an der Zahlungsfähigkeit vieler potentieller Kunden, kann gegenwärtig die Produktion schwerlich so rasch steigen, wie die Produktivität steigen muß. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß dies - im Schnitt eines Konjunkturzyklus - sich rasch ändern wird. Praktisch heißt dies, daß per saldo weniger Arbeitskraft gebraucht wird.

6. Müssen wir uns deshalb mit der Arbeitslosigkeit abfinden? Ich meine: nein. Wenn die Produktivität der Produktion davonläuft und wenn anzunehmen ist, daß dies für einige Zeit in der Tendenz so bleibt, dann ergibt sich daraus auch die

Chance, bislang vernachlässigte Arbeit zu leisten oder die Arbeitszeit zu verkürzen. Beides erhöht die Lebensqualität. Praktisch heißt dies:

- Entweder man gibt politische Anreize für die Produktion, sei es durch öffentliche Investitionsprogramme, sei es durch Kredite an Länder, die gerne bei uns kaufen möchten, sei es durch Förderung neuer Technologien, etwa im Rahmen einer neuen Energiepolitik;
- oder man schafft und finanziert Arbeitsplätze da, wo ein Bedarf an Arbeit vorhanden ist, der bisher nicht gedeckt werden konnte, in Deutschland also im Bereich der privaten und öffentlich finanzierten sozialen oder kulturellen Dienstleistungen;
- oder man verkürzt die Arbeitszeit, sei es bezogen auf eine Woche, ein Arbeitsjahr oder ein Arbeitsleben.

7. An dieser Stelle kommt es nicht darauf an, welche Strategien oder welche Kombination davon der eine oder andere vorziehen möchte, es geht lediglich um die Einsicht: Jede dieser Strategien hat andere Wirkungen auf die Wachstumsstatistik, wieder andere auf die Zuwachsraten des Energieverbrauchs.

Wenn der Zuwachs an Produktivität pro Arbeitsstunde ausgeglichen wird durch weniger Arbeitszeit, so bremst dies das Wachstum, es hat also andere Wirkungen auf die Wachstumsstatistik, als wenn wir von den geburtenstarken Jahrgängen zusätzlich einige junge Menschen dafür ausbilden, daß unsere Kinder endlich drei Sportstunden in der Woche oder eine ordentliche Berufsausbildung bekommen. Und natürlich braucht man für eine Verringerung der Arbeitszeit weniger Energie als für eine Steigerung der Produktion.

Wir wollen Arbeitslosigkeit beseitigen in einer Zeit, in der die Produktivität möglicherweise rascher steigen muß, als die Produktion steigen kann. Dazu gibt es Wege. Sie kosten Geld, wie die Arbeitslosigkeit auch. Also müssen wir politisch entscheiden, was wir wollen. Ich plädiere für eine Umkehrung der Ansatzpunkte. Ich beginne nicht mit einer BSP-Wachstumsrate, aus der sich dann als zwangsweise Abfallprodukte Arbeitsplätze oder Energieverbrauch ergeben. Ich beginne mit der politischen Entscheidung darüber, was mit überschüssiger Arbeitskraft geschehen soll. Daraus würden sich als Abfallprodukt die Wachstumsrate des BSP und des Energieverbrauchs ergeben. Erst wenn wir diese Umkehrung vollziehen, wird das Reden vom qualifizierten Wachstum mehr als eine verlegene Ausrede. Erst dann entscheiden wir, was wachsen soll und was nicht. Und erst dann sind Prognosen für den Energieverbrauch mehr als technokratische Fortschreibungen.